Jan De Graaf

„Arbeiten ist eine Magenfrage." Fehlschichten, wilde Streiks und Proteste im Ruhrbergbau, 1945-1948[1]

Einleitung

Die Belegschaftsversammlung der Zeche Emscher-Lippe in Datteln drehte sich im Februar 1947 vor allem um die Frage der Sozialisierung. Der Kreisbeauftragte des Industrieverbandes Bergbau widmete dem Thema eine lange Rede, der zahlreiche Anmerkungen der Betriebsratsmitglieder folgten. Die Debatte wurde mehrfach durch Fragen zu dem am 16. Januar eingeführten Punktesystem[2] unterbrochen, das Arbeiter, die sich auf den Zechen anlegen ließen, die Möglichkeit eröffnete, abhängig von ihrer Leistung Bonuspunkte zu sammeln, die in begehrte und sonst kaum erhältliche Konsumartikel eingetauscht werden konnten. Schon zu Beginn der abschließenden Generaldebatte stellte ein Bergmann die Frage, „die uns wohl allen am Herzen liegt", nämlich „wie es mit dem Speck steht". Und tatsächlich hatte die britische Militärregierung schon bei der Einführung des Punktesystems versprochen, dass den Bergarbeitern Speck zur Verfügung gestellt werden würde. Allerdings bestanden die schließlich unter den Bergleuten verteilten Rationen nicht wie versprochen vollständig aus „grünem Speck", dem reinen Speck aus dem Schweinerücken, sondern zu zwei Dritteln aus anderem Fleisch, das zudem Knochen enthielt. Dies war ganz und gar nicht das, was die Bergleute unter Speck verstanden: „Mir ist es nämlich nicht gleich, ob ich Fleisch und Knochen kriege oder Speck, mir nicht!", so ein wütender Kommentar. In seiner Antwort erläuterte der Betriebsratsvorsitzende, dass Gewerkschaftsvertreter in dieser Frage bereits in Verhandlungen stünden, allerdings auch kulturelle Faktoren berücksichtigt werden müssten. Unter allgemeinem Gelächter stellte er fest: „Der Engländer versteht unter Speck, wenn man dem Schwein den Kopf abschneidet und die Beine, dann ist das Speck."[3]

Es ist häufig angemerkt worden, dass „Speck" und „Sozialisierung" die beiden zentralen Ziele der Arbeiterbewegung im Ruhrkohlenrevier während der Nachkriegszeit darstellten.[4] Dabei argumentieren Historiker üblicherweise, dass industrielle Arbeitskämpfe für bessere Lebensbedingungen und veränderte industrielle Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Region in einem engen Zusammenhang standen. Dieser Punkt wurde gerade in Bezug auf die massive Streikwelle, die die Region in den ersten Monaten des Jahres 1947 erschütterte, hervorgehoben. Dabei wird grundsätzlich anerkannt, dass diese meist spontanen Streiks sich vor allem gegen den verbreiteten Nahrungsmittelmangel richteten, aber auch unterstrichen, dass dabei Forderungen nach einer Sozialisierung des Ruhrbergbaus und nach mehr Mitbestimmung immer auch eine besondere Rolle spielten.[5] Eine Analyse der Plakate, die Bergleute bei der großen Protestaktion mit sich führten, die der Industrieverband Bergbau am 3. April 1947 veranstaltete, belegt dies eindrucksvoll. Im Mittelpunkt des Interesses standen hier neben einer besseren Versorgung „auch politische Parolen wie nach der Sozialisierung der Betriebe und der Einheit Deutschlands".[6]

"Arbeiten ist eine Magenfrage." Absenteeism, wildcat strikes and protests in the Ruhr Mining Sector, 1945-1948

The many industrial struggles in postwar Ruhrbergbau have thus far mostly been studied from a political perspective. Historians have stressed how the wildcat strikes and protest movements that swept the Ruhr coal mines during the first months of 1947, even if the disastrous food situation was their direct cause, were characterized by demands for sozialization and co-determination. This article offers a different account of what drove ordinary miners in their struggles with both (occupational) authorities and trade union leaders. By reconstructing these struggles from the bottom up, with disputes on the local and shop floor level taking centre stage, it demonstrates that immediate bread-and-butter concerns far outweighed the political agenda that has often been ascribed to Ruhr coal miners. That does not mean, however, that we should dismiss the successive strike waves that engulfed the postwar Ruhr as mere acts of desperation without any wider significance. As the article makes clear, after all, these strikes not only expose the profound disconnect between postwar trade union leaders and their rank and file but also reveal the deep divisions within the postwar Ruhr working class.

Solche politischen Forderungen werden gewöhnlich als spezifisches Merkmal des industriellen Protests im Ruhrbergbau der Nachkriegszeit angesehen. In ihrem Buch über Streiks und Hungermärsche zeigen Christoph Kleßmann und Peter Friedemann, dass „im Vergleich zu den Aktionen außerhalb des Bergbaus" die Protestaktion am 3. April wie auch deren Vorläufer „ein viel deutlicheres politisches Profil" trugen. Denn „Sozialisierungsforderungen tauchten nicht nur peripher auf, sondern spielten eine zentrale Rolle."[7] In jüngerer Zeit stellte Dick Geary fest, dass die Entpolitisierung des Protests nach der Streikwelle des Frühjahrs 1947 auch daraus resultierte, dass Bergleute an der neuen Streikwelle, die das Ruhrgebiet im Januar 1948 erfasste, nicht mehr federführend beteiligt waren. So wurden die Streiks der Bergleute von 1947 grundsätzlich von weitreichenden Forderungen nach sozialpolitischen Reformen begleitet, während die Streiks der Metallarbeiter 1948 nahezu ausschließlich die unzureichende Nahrungsversorgung betrafen. Es schien daher, so sein Fazit, als ob „the radical traditions of solidarity amongst Ruhr miners had survived the Third Reich and Nazi persecution".[8]

Dieser Beitrag versucht einen neuen Blick auf die Streiks und andere Formen der Arbeitsverweigerung im Ruhrbergbau der Nachkriegszeit. Der erste Abschnitt befasst sich mit dem Vorlauf der großen Streikwelle des Frühjahrs 1947. Während dieser Phase gab es nur vergleichsweise wenig Streiks, sondern die zusehends wachsende Unzufriedenheit der Bergleute zeigte sich vordergründig an der extrem hohen Anzahl der Fehlschichten auf den Zechen. Der Schwerpunkt des zweiten Abschnitts liegt dann beim Bergarbeiterstreik 1947 und seinen umfangreichen Folgewirkungen. Der Nahrungsmangel als grundlegender Faktor der Bergarbeiterproteste zwang den Industrieverband Bergbau zur Organisation der Veranstaltung am 3. April, doch reichte diese nicht dazu aus, den Gewerkschaftsführern die Kontrolle über die Belegschaften wiederzugeben. Der dritte Abschnitt analysiert die Reaktionen der Bergarbeiter auf die Streikwelle vom Januar 1948. Den Misserfolg von 1947 noch im Hinterkopf, hielten sich die Bergleute nun deutlich zurück und wurden darauf von Arbeitern anderer Industriezweige auch wegen der Privilegien, die sie genossen, heftig kritisiert. Auf diese Streikwellen mit einer „bottom-up"-Perspektive zurückkommend, wirft der Beitrag nicht nur ein neues Licht auf die vielen Trennlinien innerhalb der Gewerkschaftsbewegung der Nachkriegszeit, sondern fragt zugleich eingehend nach den Sozialisierungsbestrebungen und Solidaritätstraditionen, die der Bergarbeiterschaft an der Ruhr gerade für diese Phase so oft zugeschrieben wurden.

Wachsende Unzufriedenheit (Juni 1945 bis Dezember 1946)

Verglichen mit anderen Industrieregionen im befreiten Europa, waren Streiks im Ruhrgebiet nach dem Zweiten Weltkrieg äußerst selten. Gerade für die Jahre 1945 und 1946 sind kaum Streiks nachweisbar. Dies hing sicherlich mit dem Druck der alliierten Besatzungsbehörden zusammen, war aber insbesondere auch eine Folge der ausgedünnten Belegschaften der Ruhrzechen. Nachdem Ende 1944 noch 380.000 Bergarbeiter im Ruhrrevier angelegt gewesen waren, hatte sich diese Zahl Mitte 1945 auf kaum 100.000 reduziert. Dies lag zum einen an den zahlreichen aufgrund von Kriegszerstörungen stillliegenden Zechen, zum anderen an der Freilassung der ausländischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen, die noch Ende 1944 einen Anteil von 42 % an den Belegschaften ausgemacht hatten.[9] Die verbliebenen deutschen Bergarbeiter und die in den ersten Nachkriegsjahren außerhalb des Ruhrgebiets angeworbenen Jung- und Neubergleute bildeten zudem keine homogene Gruppe und waren daher kaum fähig zu gemeinsamen Aktionen. Die geringe Bereitschaft zu gemeinsamen Streikaktionen bedeutete jedoch nicht, dass die Förderung der Ruhrzechen problemlos hätte gesteigert werden können. Der Widerstand der Bergleute erfolgte eher auf persönlicher Ebene, und gerade in den ersten Nachkriegsmonaten kam es zu einer beispiellosen Anzahl von Fehl- und Feierschichten. Bis zur Einführung des Punktesystems arbeitete der durchschnittliche Bergmann nur drei Schichten pro Woche.[10] Tatsächlich fragten sich viele Arbeiter, warum sie überhaupt zur Arbeit erscheinen sollten. In der Mangelwirtschaft der ersten Nachkriegsjahre war Geld vielfach nutzlos, und die Zeit konnte besser dazu verwendet werden, „Hamsterfahrten" aufs Land zu unternehmen oder den eigenen Garten zu bestellen, als sich vor Bäckereien oder Einzelhandelsgeschäften anzustellen.

Die Frage der Fehl- und Feierschichten führte zu ersten Zerwürfnissen zwischen Gewerkschaftlern und Vertretern der Bergleute im Ruhrgebiet der Nachkriegszeit. Dies wurde bereits sehr deutlich im Verlauf einer Reihe von Belegschaftsversammlungen auf den Zechen der Gutehoffnungshütte in Oberhausen im Juni 1945. Die Gewerkschaftler vertraten in ihren Reden die Meinung, dass eine gesteigerte Arbeitsdisziplin die einzige Möglichkeit zur Verbesserung der Lage der Arbeiter sei. „Es sei keineswegs angängig", klagte ein Gewerkschaftsvertreter der Zeche Sterkrade, „dass stellenweise nur die Hälfte der Leute zur Arbeit erschiene". Um die „Ernährungslage" spürbar zu beeinflussen, führte er weiterhin aus, sei es „unbedingt erforderlich", die Förderung zu erhöhen. Als Gegenleistung für Kohle und Dünger würden Bauern Lebensmittel an die Zeche liefern, „damit der Arbeiter alles, was ihm auf der Lebensmittelkarte zustehe, auch kaufen könne, ohne Schlange zu stehen". Diese Behauptung wurde jedoch von einem Mitglied der Betriebsvertretung der Zeche Jacobi zurückgewiesen. Als Ergebnis der „sinnlosen und verbrecherischen Zerstörungen der Verkehrsmittel und -wege", so stellte er fest, sei es unmöglich, Nahrungsmittel Industriegebiete zu transportieren. Unter diesen Umständen „müsste man Verständnis dafür haben, wenn Arbeitskameraden zur Selbsthilfe schreiten und sich aus diesen Gebieten Lebensmittel selbst holen".[11]

Ein weiteres Konfliktfeld bildete die Frage der Schwer- oder Schwerstarbeiterkarten. Als zu Anfang des Weltkrieges erste Rationierungsmaßnahmen eingeführt wurden, erhielten Arbeiter der Schwerindustrie, abhängig von der Art der Arbeit, besondere Gutscheine, die sie zum Bezug größerer Lebensmittelrationen berechtigten. Nach dem Krieg hatten die Alliierten diese Gutscheine zunächst vollständig abgeschafft, machten jedoch angesichts des beträchtlichen Widerstands der Bergarbeiter schnell ein Rückzieher.[12] Allerdings blieb die Gesamtzahl der ausgegebenen Gutscheine weit unter dem Niveau des Krieges, sodass sich viele Arbeiter ausgenutzt fühlten. Dies betraf insbesondere die Übertagebelegschaften, deren Arbeit als bei weitem nicht so entscheidend für die Wiederaufbaubemühungen angesehen wurde wie die der Kollegen unter Tage. Während einer Betriebsbesprechung der Zechen der Gutehoffnungshütte Mitte 1945 wurde den Arbeitern mitgeteilt, dass eine Zuteilung von Schwerarbeiterkarten an die Übertagebelegschaft sich als „sehr schwierig" erwiesen habe, „weil viele Leute Anspruch auf Schwerarbeiterzulage erheben, ohne daß diese ihnen nach den bestehenden Bestimmungen gewährt werden kann". Obwohl die Gutehoffnungshüt-

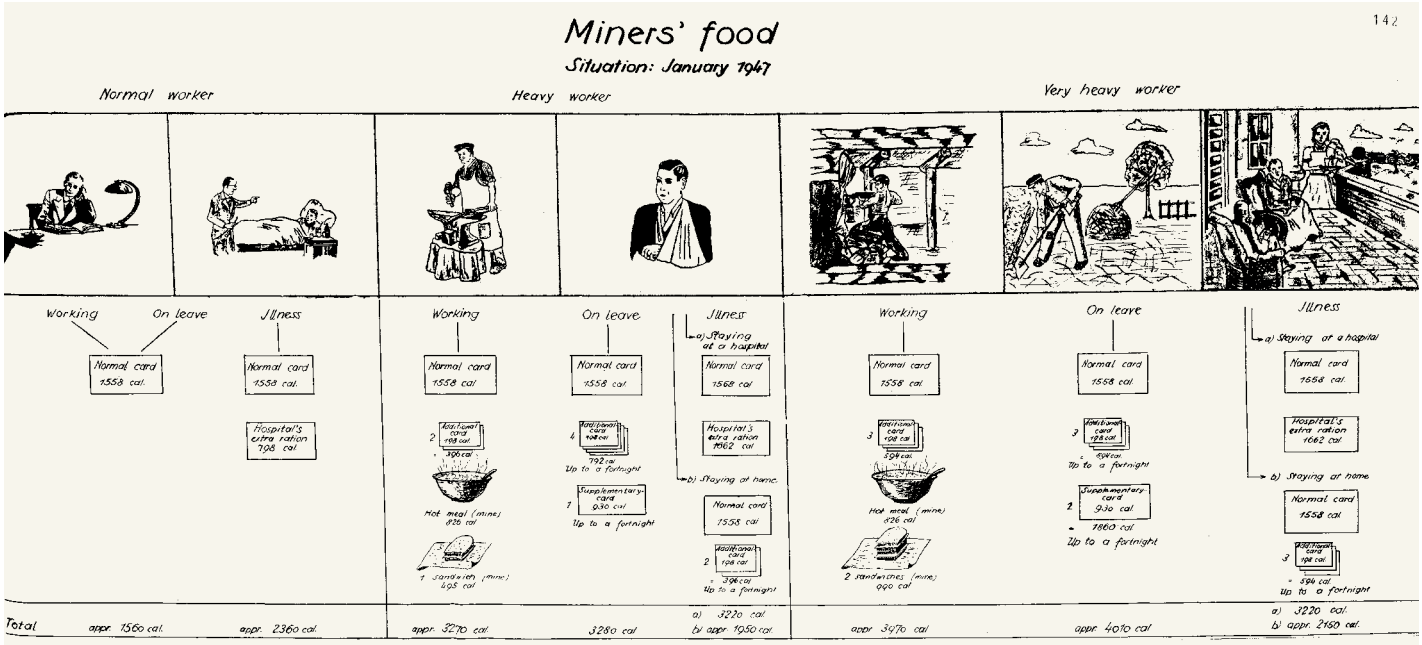

Abb. 1: Der festgelegte tägliche Kalorienbedarf eines Bergarbeiters im Ruhrgebiet. Tatsächlich lagen diese Angaben fernab jeglicher Realität, denn im Frühjahr 1947 erreichte die Versorgung kaum mehr als 1.000 Kalorien. (© Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, BR 1165 Nr. 52, 142)

te die Arbeiter ihrer Zechen „viel großzügiger" alimentierte als die des benachbarten konzerneigenen Oberhausener Hüttenbetriebs, „ist es schon zu Bedrohungen von Angestellten über diese Frage gekommen".[13]

Allerdings wurden Gutscheine und andere Formen nichtgeldlicher Entlohnung auch weiterhin dazu genutzt, die Arbeitsdisziplin zu verbessern. Wenn Übertagearbeiter der Zeche Jacobi sich weigerten, die obligatorischen 10-Stunden-Schichten mit Verweis auf die schlechte Nahrungssituation vollständig zu absolvieren, wurden ihre Schwerarbeiterzulagen gekürzt und sie von Kartoffellieferungen ausgeschlossen.[14] Und tatsächlich wurde eine ganze Reihe an Maßnahmen eingeführt, um die Bergarbeiter dazu zu bringen, ihre Arbeit ordnungsgemäß auszuführen. Dazu gehörte ein Essensangebot auf der Zeche für alle, die zur Arbeit erschienen, wie Butterbrote am Morgen oder eine Mahlzeit aus der Werksküche, für die allerdings ein Teil des Lohnes einbehalten wurde. Die britischen Behörden wiesen die Zechenbetriebe an, bei der Umsetzung aller Maßnahmen eine harte Linie zu verfolgen. Ein Brief des Labour Department Production Branch an die Bergwerksgesellschaft Hibernia in Gelsenkirchen schrieb vor, dass Bergleute an Tagen, an denen sie feierten, weder in der Werkskantine bedient würden noch Gutscheine erhielten. Dies galt auch für kranke Bergleute.[15]

Es verwundert wenig, dass diese Vorgehensweise unter den Bergleuten auf heftige Ablehnung stieß. Und noch viel schlimmer – sie erwiesen sich letztlich auch als ungeeignet, die Anzahl der Fehlschichten zu reduzieren. Angesichts der anwachsenden Menge willkürlicher Feierschichten im Juli 1946 klagte ein Mitglied des Betriebsrats auf der Belegschaftsversammlung der Zeche Emscher-Lippe: „Es nützt uns nichts, wenn es ein Butterbrot mehr gibt und wenn uns der Napf voll gemacht wird". Der Bergmann wolle sehen, dass „seine Familie nicht mehr hungern muß und dann kann er auch mit Appetit sein Butterbrot verzehren, dann steigt die Förderung von ganz alleine. Arbeiten ist eine Magenfrage". Er schloss mit der Feststellung: „Wenn der Mann nach Haus kommt, fragt uns die Frau schon wieder, was soll ich morgen kochen, wo soll ich das hernehmen, und da entsteht schon der Ärger. Das alles trägt nicht dazu bei, die Arbeitslust nicht zu fördern."[16]

Die verpflichtende Mahlzeit in der Werksküche wurde von den Bergleuten regelrecht abgelehnt. Immer wieder forderten sie stattdessen die Ausgabe zusätzlicher Essensgutscheine, mit denen ihre Frauen in die Lage versetzt würden, erheblich bessere und nahrhaftere Mahlzeiten zuzubereiten, die zudem der gesamten Familie zugutekämen.[17] Außerdem wurde dem Küchenpersonal vorgehalten, Nahrungsmittel zu stehlen und das Fett von der Suppe abzuschöpfen.[18] Die Abschaffung der „Werks-Zwangsküchen" war daher eine Schlüsselforderung der Bergleute im Ruhrgebiet.[19] Die Bergarbeitervertreter beharrten allerdings darauf, diesen Sachverhalt nicht beeinflussen zu können. „Der Engländer […] ist in dieser Beziehung stur", erläuterte ein Betriebsratsmitglied der Zeche Emscher-Lippe, „er sagt, das ist eine Einrichtung von uns, es soll dem Bergmann zugute kommen und wir können nichts daran ändern".[20]

Neben solchen Maßnahmen zur Bekämpfung von Fehlschichten und der Zuteilung von Schwer- und Schwerstarbeiterkarten bildete die regional ungleiche Behandlung von Bergleuten im Ruhrgebiet ihren dritten Hauptbeschwerdepunkt. Dies betraf vor allem die offensichtlichen Unterschiede zwischen der Nahrungsmittelversorgung im Rheinland und in Westfalen. Im erheblich ländlicheren Westfalen waren Kartoffeln, Fleisch und Brot für Bergleute erheblich einfacher verfügbar. Folglich beschwerten sich Bergleute im Rheinland häufig bitterlich über die bevorzugte Behandlung ihrer dortigen Kollegen. Auch wenn Nahrungsmittelrationen in beiden Teilen Nordrhein-Westfalens auf dem Papier gleich waren, gab es in der Praxis erhebliche Unterschiede. In einem Brief vom Januar 1946 an die North German Coal Control bestätigte das zuständige Mitglied der Aufsichtsbehörde für den Steinkohlenbergbau in der britischen Besatzungszone, ein Vertreter der Krupp-Zechen in Essen, die weitaus bessere Versorgung in Westfalen. So war die Einkellerung von Kartoffeln für den Winter hier erheblich erfolgreicher gewesen als im Rheinland, ebenso habe durch das höhere Angebot an Getreide mehr Mehl für Brot zur Verfügung ge-

standen und schließlich habe es mehr Schlachtvieh gegeben. Um sicherzustellen, dass die Rationen auch im Rheinland eingehalten würden, rief er die britischen Behörden dazu auf, das Verteilungsverfahren von bürokratischen Hürden zu befreien, da unter dem bestehenden System nicht ein Kilo Getreide oder Fleisch ohne Genehmigung der westfälischen Provinzbehörden ins Rheinland geliefert werden könne.[21]

Dennoch erwiesen sich die Probleme bei der gleichmäßigen Versorgung von Arbeitern in beiden Provinzen als äußerst hartnäckig. Ein Bericht des Vorstands der Zeche Altstaden in Oberhausen – Teil der Bergwerkgesellschaft Hibernia mit Schachtanlagen sowohl im Rheinland als auch in Westfalen – vom September 1946 bemerkte, dass „Arbeitsverweigerungen in größerem Umfang" aufgrund des Brotmangels nicht ausgeschlossen werden könnten. Er empfahl der Muttergesellschaft, „bei den zuständigen Stellen energische Schritte zu unternehmen, um die Brotversorgung der hiesigen Bevölkerung mit der in der Provinz Westfalen gleichzustellen".[22]

Und tatsächlich drängte sich den Bergarbeitern nicht selten das Gefühl auf, dass das industrielle Kernland Westdeutschlands, von dem der gesamte wirtschaftliche Wiederaufbau abhing, unzureichend in die Versorgungskreisläufe eingebunden war. So war das Tabakangebot in Essen derart dürftig, dass die Bergleute weder die zusätzlichen Mengen erwerben konnten, die ihnen nach dem Rationierungssystem zustanden, noch die zusätzlichen 60 Zigaretten erhielten, die Bergarbeiter in anderen großen Städten der britischen Zone jeden Monat bekamen. Im Dezember 1945 waren Essener Bergleuten nur 20 Zigaretten als zusätzliche Weihnachtsration gewährt worden. Da die Versorgung der Einzelhändler jedoch noch nicht einmal ausreichte, um diese reduzierte Menge zu decken, erhielten manche Bergleute keinerlei Zigaretten. Ein Bericht der Krupp-Zechen bemerkte dazu: „The whole population and especially the miners grumble very much about this state of affairs as they fail to understand why they should be treated like this in Essen whereas people in other provinces get a fair amount of tobacco monthly. Transport difficulties alone cannot count for such a disadvantageous treatment of this district."[23] Diese schmerzliche Ungleichbehandlung während der Festtage sollte sich Weihnachten 1946 wiederholen. Zudem hoben Berichte über die Nahrungsmittelversorgung des Ruhrgebiets im Frühjahr 1947 hervor, dass es für die Bevölkerung äußerst schmerzhaft zu erfahren gewesen sei, dass die Menschen in der amerikanischen Zone zum Fest ein großzügiges Nahrungsmittelpaket erhalten hatten, während in der britischen Zone noch nicht einmal der tägliche Kaloriengrundbedarf hatte gedeckt werden können.[24]

Auch wenn es im Ruhrgebiet 1945 und 1946 dennoch kaum Streiks gegeben hatte, war die Verbitterung unter den Bergleuten nach und nach angewachsen. Im Gegensatz zu all dem Gerede über die Bedeutung ihrer Arbeit für den Wiederaufbau Deutschlands gewannen die Bergleute oftmals den Eindruck, dass diese von den Machthabern als selbstverständlich angesehen würde. Auf der Belegschaftsversammlung der Zeche Osterfeld in Oberhausen im April 1946 klagte ein Gewerkschaftsvertreter, dass es nicht angehe, dass „in der Industrie, von der alles abhänge, die geringsten Löhne bezahlt würden und die schlechteste Arbeitszeit vorhanden wäre".[25] Solche Empfindungen wurden von den einfachen Bergleuten geteilt, die zudem heftig kritisierten, dass entnazifizierte Angestellte eine Reichsmark pro Stunde für Aufräumarbeiten in den Städten erhielten, „während der Kumpel in der Grube nur 8 RM in der Schicht bei schwerer Arbeit verdienen könne".[26] Die einzige Möglichkeit zur Beschwichtigung der Arbeiter war aus ihrer Perspektive das Angebot besserer Nahrungsmittelrationen, Löhne und Arbeitsbedingungen. Oder wie es ein Gewerkschaftssekretär aus Bottrop formulierte: „Die Frage müsste unter allen Umständen lauten: Zuerst Lebensmittel für die Bergarbeiter, dann nach kurzer Erholung auch mehr Leistung, aber niemals umgekehrt". Drei Forderungen müssten erfüllt werden, bevor die Bergleute die Förderung erhöhen könnten, schloss er seine Rede: „I. Ausreichende Ernährung, II. Gerechter Lohn, III. Gewährung von Genussmitteln zur Erhaltung der Arbeitslust, sonst kein Aufstieg, sondern ein Abstieg."[27]

Wilde Streiks, Protestaktion und ihre Auswirkungen (Januar bis Juni 1947)

Das Punktesystem hätte möglicherweise diese Forderung erfüllen können. Allerdings wurde es erst zu dem Zeitpunkt eingeführt, als die Nahrungsmittelversorgung Krise Anfang 1947 einen erneuten Höhepunkt erreichte. Im bitterkalten Winter 1946/47 froren Schiffe mit unverzichtbaren Lebensmitteltransporten ein und auch der Schienentransport musste stark eingeschränkt werden, sodass die versprochenen Verbesserungen der Ernährungslage nicht umgesetzt werden konnten. Ende Januar 1947 verschlechterte sich die Versorgungssituation in einigen Ruhrgebietsstädten dramatisch, als die täglichen Lebensmittelrationen auf 800-1000 Kalorien sanken. Ein Lagebericht des Oberbergamts Dortmund stellte fest, dass „die Bevölkerung nicht mit Unrecht von einer Hungersnot spricht". Angesichts verzögerter Lieferungen von Getreide und Mehl war Brot längst zur Mangelware geworden, während der Zusammenbruch der Kartoffelversorgung Bergarbeiterfamilien dazu zwang, ihre Einkellerungskartoffeln für den Winter schon frühzeitig aufzubrauchen. Die angekündigte Verdoppelung der Fleischrationen für Erwachsene verblieb Makulatur, und selbst das Standardvolumen konnte nicht immer garantiert werden. Eine noch erheblich größere Verbitterung erzeugte jedoch die Feststellung, dass die Verringerung der Fettrationen für Kinder dagegen wie geplant durchgeführt wurde.[28]

Unter diesen Umständen erschien ein größerer Ausbruch von Arbeiterprotesten nur eine Frage der Zeit. Gerade das Punktesystem, das letztlich nicht viel mehr war als eine Anwesenheitsprämie, die die Arbeiter erhielten, sobald sie eine gewisse Anzahl von Schichten pro Monat absolvierten, machte Proteste am Arbeitsplatz immer wahrscheinlicher. Anfangs besaßen diese häufig die Form von Protestkundgebungen zu Schichtbeginn, sodass die Arbeit erst mit einer Verzögerung von ein bis zwei Stunden aufgenommen wurde. Die erste Protestkundgebung dieser Art ereignete sich auf der Zeche Fritz-Heinrich der Hoesch AG in Essen-Altenessen am 13. Januar 1947. Während einer Belegschaftsversammlung zu Beginn der Morgenschicht verlangten die Bergleute eine bessere Brotversorgung und beschlossen, eine Delegation zum Oberbürgermeister von Essen und zur North German Coal Control zu schicken. Anstatt sich zu verbessern verschlechterte sich die Nahrungsmittelsituation jedoch in den folgenden Wochen weiter, sodass die Bergleute am 29. Januar erneut gegen den Brotmangel protestierten.[29]

Umgehend erhielten sie Unterstützung von den Arbeitern benachbarter Schachtanlagen. Noch am selben Tag verzögerte sich der Beginn der Morgenschicht aufgrund der Ausdehnung der Protestbewegung auf der Zeche Emil-Escher, einer Schwesterschachtanlage der Zeche Fritz-Heinrich, sowie auf den Zechen Zollverein 4/11 und 6/9 in Essen-Katernberg.[30] Am nächsten

Tag streikten Arbeiter der Zeche Ernestine in Essen-Stoppenberg für 90 Minuten mit der Begründung, dass ihre Familien seit mehreren Tagen ohne Brot gewesen seien.[31] An diesem Tag kam es auch zum ersten ausgewachsenen Streik, als die Morgenschicht der Zeche Zollverein 3/10 vollständig die Einfahrt verweigerte, nachdem versprochene Brotlieferungen nicht eingetroffen waren.[32]

Von nun an wuchs die Protestbewegung rasant an, erreichte andere Städte und animierte immer mehr Bergleute zur Beteiligung. Am 30. Januar fand die erste Protestkundgebung außerhalb von Essen an der Zeche Recklinghausen 2 in Recklinghausen-Süd statt. Am 1. Februar kam es zu einer ähnlichen Veranstaltung bei der Zeche Rosenblumendelle in Mülheim an der Ruhr. In Essen gewannen die Arbeitsniederlegungen mittlerweile einen organisierten Charakter. Auf der Zeche Sälzer-Amalie verließen die Bergleute am 31. Januar und 1. Februar die Morgen-, die Mittag- und die Nachtschicht jeweils Stunden vor deren eigentlichem Ende. Außerdem überschritten die Proteste jetzt zunehmend die Grenze einzelner Unternehmen und avancierten zu einer Massenbewegung. Am 3. Februar vereinigten sich Bergleute der Zechen Viktoria Matthias in Essen-Stadt und Gottfried Wilhelm in Essen-Rellinghausen mit Mitarbeitern von Krupp und anderen Essener Betrieben zu einem Hungermarsch zum britischen Hauptquartier im Glückauf-Haus. Hier traf sich eine Arbeiterdelegation mit dem Stadtkommandanten, der versprach, sich der Brotfrage anzunehmen.[33] Als Ergebnis lieferten die Alliierten in den folgenden Tagen 747 t Mehl nach Essen.

Während diese Maßnahme die Welle der Arbeitsniederlegungen in Essen zunächst stoppte, begannen die Proteste in anderen Großstädten des Ruhrgebiets. Am 5. Februar kam es zu Protestversammlungen bei den Zechen Jacobi, Osterfeld und Alstaden in Oberhausen, auf denen sich Bergleute beschwerten, dass die neuen Nahrungsmittelrationen Familien mit vielen Kindern stark benachteiligten.[34] Am folgenden Tag legten Arbeiter der Zeche Recklinghausen 2 erneut die Arbeit nieder, um gegen den Brotmangel zu protestieren, während 2.650 Bergleute verschiedener Schachtanlagen in Gelsenkirchen aus demselben Grund in die Stadt zogen.[35] In den folgenden zwei Wochen konzentrierte sich die Protestbewegung auf den Großraum Gelsenkirchen. Die Frauen der Bergleute spielten dabei häufig eine prominente Rolle. Am 12. Februar blockierten sie die Eingänge zu den Zechen Bismarck 2/6/9 in Gelsenkirchen-Buer und Ewald 3/4 in Herten, um ihre Ehemänner vom Schichtbeginn abzuhalten.[36] Diese Protestform wurde wahrscheinlich von einem früheren Vorbild in Duisburg inspiriert, wo sich am Morgen des 3. Februar Frauen vor dem Eingang der Zeche Beeckerwerth versammelt und den Zugang verweigert hatten. Sie gaben ihren Protest erst nach vier Stunden auf, nachdem die Zechenleitung im Stadtteil Beeck mit der Verteilung von Brot begonnen hatte.[37]

Auch in Herten erwiesen sich die Bergarbeiterfrauen, die Zechen bewachten, als gleichermaßen hartnäckig. Während einer neuen Protestaktion an der Zeche Ewald 3/4 am Morgen des 18. Februar blockierten Hunderte von Frauen die Eingänge. Alle Bemühungen der Betriebsleitung, des Betriebsratsvorsitzenden und von britischen Behördenvertretern, „beruhigend auf die Frauen einzuwirken", scheiterten, und 50 bis 60 Frauen verhinderten auch die Anfahrt zur Nachmittagsschicht. Einige Frauen trotzten sogar der klirrenden Kälte, um die Nacht an der Zeche zu verbringen und sowohl der Nachtschicht als auch der nächsten Frühschicht den Zutritt zum Werksgelände zu verwehren. Erst als Mehl verteilt und eine Belegschaftsversammlung abgehalten worden war, erlaubten sie der Nachmittagsschicht, die Förderung wiederaufzunehmen. Am selben Tag brach ein ähnlicher Protest an der Zeche Bismarck 2/6/9 aus, wo sich Frauen um 5:00 Uhr am Morgen versammelten, um Bergleute ebenfalls vom Schichtbeginn abzuhalten. Dabei kam es „sogar zu tätlichen Angriffen der Frauen gegen arbeitswillige Belegschaftsmitglieder und auch gegen den Betriebsführer, dem, von 20-30 Frauen umringt, das Betreten der Zeche unmöglich gemacht wurde".[38]

Die angebotenen Konzessionen zur Beendigung dieses Konflikts – Sonderlieferungen von Brot und anderen Nahrungsmitteln – waren jedoch nicht mehr als kurzfristige Lösungen, die nicht dazu beitrugen, das erheblich tieferliegende Problem zu lösen. Und tatsächlich wurde der Großraum Gelsenkirchen innerhalb weniger Tage mit einer erneuten Brotknappheit konfrontiert, was umgehend neue Blockaden, darunter des Eingangs der Zeche Auguste Victoria in Marl am 26. Februar, provozierte.[39] Noch immer dominierte die Notlage der Frauen, die von der täglichen Herausforderung standen, ihre hungrigen Familien zu versorgen, die Proteste und die Streikbewegung Anfang 1947. Und auch bei Protestaktionen, an den Frauen nicht direkt beteiligt waren, wurden deren Probleme regelmäßig von den streikenden Bergleuten vorgebracht. Während der oben erwähnten Protestkundgebung an der Zeche Zollverein 4/11 beschwerten sich Bergarbeiter beispielsweise darüber, dass ihre Frauen noch früher aufstehen müssten als sie selbst, teilweise um 3:00 Uhr morgens, um sich für Brot anzustellen. „Frauen, die erst nach 5 Uhr sich an dem Bäckerladen anstellten" hätten „keine Aussicht mehr […] noch Brot zu bekommen".[40]

Sorgen über die verzweifelte Lebensmittelsituation und ihre Auswirkungen auf die Familien der Bergleute erhielten auch einen zentralen Raum innerhalb der Protestresolutionen, die bei den zahlreichen, meist spontan organisierten Belegschaftsversammlungen auf vielen Schachtanlagen verabschiedet wurden. Diese Resolutionen erwähnten kaum die Frage der Sozialisierung und wurden vollständig durch die Lebensmittelkrise dominiert. Die Arbeiter verlangten Kenntnis über die Aktivitäten der Behörden zur Überwindung der Situation[41] und wie es möglich sein konnte, dass Brot in westfälischen Nachbarstädten wie Dortmund ohne Weiteres erhältlich war.[42] Die Gewerkschaften wurden mit kaum verschleierten Warnungen vor größeren Protestaktionen konfrontiert, falls sich die Lage nicht umgehend verbesserte. Der Betriebsrat der Zeche Carl Funke in Essen-Heisingen schrieb in einem Brief an den Hauptvorstand des Industrieverbands Bergbau: „Die Belegschaft kann nicht länger besonnen bleiben, wenn Frauen und Kinder an den Schlangen vor den Brotläden erfrieren müssen; daß Frauen und Kinder von dem wenigen Brot, welches in den Läden vorhanden ist, trotz stundenlangen Wartens nicht eine Schnitte Brot mitbekommen".[43]

Während der Streikwelle, die im Februar 1947 über das Ruhrgebiet schwappte, war der Industrieverband Bergbau kaum mehr als ein untätiger Zuschauer. Die Gewerkschaftsführer vertraten die formale Position, dass Proteststreiks aufgrund der mangelhaften Brotversorgung selbstzerstörerisch waren, da der daraus resultierende Förderausfall nur die wirtschaftliche Krise vertiefte, in der sich das Ruhrgebiet befand. Diese Haltung wurde auch in einem Aufruf propagiert, den der Industrieverband an allen Zechen im Ruhrgebiet hatte anschlagen lassen und der die Arbeiter dazu aufrief, „Ruhe zu bewahren und im Interesse der Gesamtbevölkerung weiter ihrer Arbeit nachzugehen".[44] Wenig überraschend, stieß diese Aussage unter den Bergleuten und ihren direkten Vertretern nur auf geringe Sympathie. Während einer

Abb. 2: Essener Bergleute während der Protestkundgebung auf dem Burgplatz am 3. Februar 1947. Die Plakattexte vermitteln das unter den Bergleuten weit verbreitete Gefühl der Ungerechtigkeit angesichts der schlechten Versorgungslage im Ruhrgebiet, von dem der wirtschaftliche Wiederaufbau Westdeutschlands maßgeblich abhing. (© Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, RWB 1507, 005)

Abb. 3: Bergarbeiter während einer Protestkundgebung im Frühjahr 1947. (© Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, RWB 01507, 021)

Tagung Essener Betriebsräte am 7. Februar erzeugte die offizielle Gewerkschaftslinie einer Distanzierung von den Proteststreiks heftige Kritik bei den Delegierten. In der von der Tagung verabschiedeten Resolution, die das Thema der Sozialisierung erneut und dezidiert nicht berücksichtigte, wurden die von den streikenden Bergarbeitern formulierten Forderungen nach einer besseren Lebensmittelversorgung ausdrücklich befürwortet.[45]

Bis auf Weiteres sollten die Gewerkschaftsführer ihre heftige Opposition gegen die Teilnahme von Bergarbeitern bei den Protestbewegungen fortführen. Als Arbeiter- und Frauendelegationen sich wegen der „katastrophalen Ernährungslage" am 7. Februar an die Oberhausener Stadtverwaltung wandten, versprach Heinrich Jochem, Fraktionsvorsitzender der SPD im Stadtrat und zugleich Vorsitzender des Ortausschusses des DGB, dass die örtlichen Gewerkschaften eine Protestkundgebung am folgenden Montag organisieren würden. Alle Arbeiter seien eingeladen, ihre Arbeit niederzulegen und die Veranstaltung zu besuchen, jedoch „mit Ausnahme der Bergarbeiter, deren dringende Arbeit durch die Teilnahme an diese Kundgebung nicht unterbrochen werden sollte".[46]

Diese Gewerkschaftslinie wurde endgültig unhaltbar, als eine erneute Nahrungsmittelknappheit Ende März weitere wilde Streiks entfesselte. Die Streikbewegung begann in Gladbeck, wo die meisten Arbeiter der Zeche Mathias Stinnes 3/4 ihren Arbeitsplatz verließen, um gegen „Mehlschiebungen größeres Ausmaßes" zu protestieren.[47] Während der folgenden Tage verbreiteten sich die wilden Streiks auf Essener, Dortmunder, Duisburger und Hamborner Gebiet. In vielfältiger Weise waren diese Streiks ein Spiegelbild der Februarausstände: Frauen blockierten die Eingänge der Zechen, zahlreiche Protestkundgebungen fanden statt, und Betriebsratsmitglieder versuchten vergeblich, die Bergarbeiter zur Rückkehr an ihre Arbeitsplätze zu bewegen. Neu war allerdings, dass diese Streiks auf lokaler Ebene zunehmend den Charakter von Generalstreiks annahmen. Zwischen dem 29. und 31. März kam es zu wilden Streiks auf nicht weniger als neun Dortmunder Zechen (Minister Stein, Fürst Hardenberg, Adolf von Hansemann, Gustav, Zollern 2, Westhausen, Zollern 1, Hansa, und Gneisenau). Am 1. April folgten die Frühschichten der Zechen Diergardt 3, Westende, Neumühl, Friedrich Thyssen 2/5 und 4/8 und Beeckerwerth in Duisburg und Hamborn. Und am 2. April unterbrachen Arbeiter aller Unternehmen in Gelsenkirchen, einschließlich der Zechen Consolidation, Rheinelbe-Alma, Graf Bismarck 1/4, Dahlbusch und Wilhelmine Victoria, ihre Arbeit, um eine Großkundgebung im Stadtzentrum zu besuchen.[48]

Unter diesen Umständen verblieb dem Industrieverband Bergbau keine andere Wahl, als sich endlich an den Aktivitäten zu beteiligen. Eine Ruhrrevierkonferenz, die Delegierte aller Zechen des Ruhrgebiets zusammenbrachte, darunter Betriebsratsvorsitzende, Gewerkschaftsvorsitzende, Angestelltenvertreter und Jugendobleute, wurde hastig für den 2. April in Bochum einberufen. Während seiner Rede als Vertreter des Hauptvorstandes berichtete der dem kommunistischen Flügel angehörende stellvertretende Vorsitzender des Industrieverbandes, Willi Agatz, dass er in den vergangenen Tagen sehr viele Delegationen empfangen habe und nicht weniger als 128 Entschließungen vorlagen. Und deren Tenor sei einmütig: „Wir Bergarbeiter wollen nicht tatenlos zusehen, wie unsere Frauen und Kinder verrecken". Aus diesem Grund schlug der Hauptvorstand eine Ar-

beitsniederlegung von 24 Stunden für den folgenden Tag im gesamten Ruhrgebiet vor. Diese wurde ausdrücklich nicht als Streik, schon gar nicht als Generalstreik bezeichnet, der bis zur Erfüllung diverser Forderungen fortgeführt werden sollte, sondern war eine ungeachtet des Erfolges von vornherein begrenzte Protestaktion. Es sei „verantwortungslos", argumentierte Agatz unter Beifall, „wenn man von Streik statt Protestaktion spreche. Nein wir könnten mit Streik von längerer Dauer bestimmt nichts ändern, nichts bessern. Wir können es nur verschlechtern." Das Ziel lag vielmehr darin, „unsere Stimme zu erheben, eine Aktion zu führen von solcher Kraft, dass sie in Moskau, London, Washington, Paris, dass sie in allen Winkeln der Erde gehört wird".[49]
Obwohl die Protestaktion zunächst vor allem eine Antwort auf die anhaltenden Forderungen der Bergarbeiter gegenüber dem Industrieverband Bergbau darstellte, sich endlich gegen die Brotkrise zu mobilisieren, verfolgten die Gewerkschaftsführer letztlich das Ziel, die Proteste in eine stärker ideologische Richtung zu führen. Dies war insbesondere wichtig für Agatz, der darauf bestand, dass „die Ernährungskatastrophe nicht vereinzelt gesehen werden darf, sondern daß sie unlöslich zusammenhängt mit den anderen entscheidenden Fragen im Ruhrbergbau, mit den Fragen vor allem der Sozialisierung und des Punktesystems". Das Punktesystem, so erläuterte er, habe die Bergleute in Verruf gebracht. Entgegen den Versprechungen, dass die Erlöse aus erhöhten Kohlenexporten dazu genutzt werden würden, um die Einfuhr von Lebensmitteln zu finanzieren, seien die Konsumgüter, die den Bergarbeitern zur Verfügung gestellt wurden, aus den für die Gesamtbevölkerung vorgesehenen Beständen entnommen worden. Als Konsequenz daraus stehe der Industrieverband Bergbau jetzt selbst unter dem Druck anderer Gewerkschaften, die behaupteten, „die Bergarbeiter fräßen ihnen alles weg" und „die Bergarbeiter seien an ihrem Elend schuld".
Trotz dieser heftigen Kritik am Punktesystem wandte sich Agatz gegen die Forderung eines Dortmunder Delegierten, dass der Industrieverband seine Zustimmung zu den entsprechenden Verträgen zurückziehen müsse. Aus seiner Sicht diente das Punktesystem einem höheren Zweck: „Wir wollen mit dem Punktesystem beweisen, daß wir nicht nur, wenn wir Sozialisierung sagen, nun sagen wir mal eine egoistische Interessenwahrnehmung für die Bergarbeiter meinen, sondern daß wir damit meinen, den Weg freimachen zu müßen, für einen neuen Aufstieg der Wirtschaft und auch des Bergbaus." Es müsse der Weg bereitet werden, fuhr er fort, „für den Einsatz aller Kräfte in der Produktion von Lebensgütern. Wir meinen, daß wir bei einer solchen starken positiven Einstellung zu der Lebensaufgabe des deutschen Volkes auch eine stärkere Grundlage im Kampfe um die Sozialisierung haben." Bei der Protestaktion am folgenden Tag, schloss Agatz, „steht unser Kampf um die Sozialisierung vorne, sie ist die entscheidende Frage. Vergesst das nicht bei aller Tatsache, daß die Not auf uns einstürmt, der Hunger da ist, unsere eigenen Familienmitglieder leiden."[50]
Neben dem ausdrücklichen Ziel, „die Sozialisierung […] zu einer Sache des arbeitenden Volkes, vor allem aller Bergarbeiter zu machen",[51] diente die Protestaktion einem erheblich banaleren Zweck: der Wiedergewinnung der Kontrolle der Gewerkschaftsführer über die Belegschaften. Mehrere Delegierte hoben hervor, welchen heftigen Schaden das Ansehen des Industrieverbandes bei den Bergarbeitern durch seine ablehnende Haltung gegenüber den Protestaktionen und sein anscheinendes Desinteresse an den Nöten der Arbeiterklasse erlitten habe. Ein Delegierter aus Essen stellte fest, dass „dieser Zustand politischer und wirtschaftlicher Art in der englischen Zone nicht mehr weitergehen kann. Er führt in unseren Betrieben dazu, daß eine Moral eintritt, die wir als Funktionäre nicht mehr meistern können." Mit derselben Zielrichtung warf ein Delegierter aus Dortmund ein, dass die dauernden Einzelaktionen wie wilde Streiks und Hungermärsche „bewirken, daß der Vorstand die Führung verliert". Ohne eine Protestaktion, warnte er, „werden uns die Einzelaktionen über den Kopf wachsen und die Einzelaktionen werden einen größeren Umfang annehmen". Solche Meinungen wurden auch von Agatz unterstützt, der erklärte, dass der Hauptvorstand keine „Verzettelung der Kräfte" wünsche. In der gegenwärtigen Krisensituation, erläuterte er, könne das „tatsächlich dazu führen, daß heute dort und übermorgen dort die Klamotten hingeworfen und dadurch größter Schaden angerichtet" werde. Es müsse daher als „unumstößliches Prinzip" für alle Gewerkschaftsfunktionäre gelten, dass „in entscheidenden Fragen" zusammen mit „dem Vorstand über geschlossene Maßnahmen" entschieden werde.[52]
Insoweit die Protestaktion als eine Art „Sicherheitsventil" konzipiert war,[53] das den Bergleuten erlaubte, etwas Dampf abzulassen, und den Gewerkschaftsführer die Gelegenheit einräumte, die Kontrolle zurückzugewinnen, erfüllte sie ihren unmittelbaren Zweck. Am 3. April legten mehr als 300.000 Bergarbeiter ihre Arbeit nieder, und die Protestkundgebungen, die in allen größeren Ruhrgebietsstädten stattfanden, verliefen in geordneter Art und Weise. Auch wenn sich die Versorgungssituation in den kommenden Wochen weiterhin verschlechterte und die Rationsgrößen auf das niedrigste Niveau der Nachkriegszeit fielen, kam es auf den Zechen zu keinen weiteren wilden Streiks. Und dennoch widerlegten die Entwicklungen der beiden folgenden Monate die Hoffnung, dass die Gewerkschaftsführer die Herrschaft über die Arbeiterklasse nochmals würde übernehmen können.
Dies hing eng mit der beharrlichen Haltung der britischen Behörden zusammen, die die Protestaktion am 3. April als willkürliche Feierschicht betrachtete. Nach den Regularien des Punktesystems führte schon eine willkürliche Feierschicht im Monat zum Verlust von einem Fünftel der Punkte und zwar ausgerechnet von denen, die in Schnaps und Tabakwaren eingetauscht werden konnten. Bereits im Verlauf der Sonderlieferungen von Mehl nach Essen, die die Streikwelle Ende Januar/Anfang Februar beenden sollten, hatten die britischen Besatzungsbehörden den Bergarbeitern unmissverständlich verdeutlicht, dass alle weiteren Proteststreiks umgehend wie willkürliche Feierschichten behandelt werden würden. Um den Verlust der begehrten Punkte zu vermeiden, besaßen die Arbeiter allein die Möglichkeit, die ausgefallenen Stunden nachzuarbeiten. Diese Bestimmungen sorgten innerhalb der Gewerkschaftsbewegung für erheblichen Ärger[54] und animierten neue Streiks wie auf den Zechen Graf Bismarck 7/8 und 2/6/9, wo die Belegschaften am 22. März die Einfahrt zur Morgenschicht verweigerten, um dagegen zu protestieren, dass die Streikschichten am 18. und 19. Februar als willkürliche Feierschichten vermerkt worden waren. Da diese früheren Streiks von den zuständigen Gewerkschaftsgremien nicht genehmigt worden waren, konnte der Industrieverband für die Bergarbeiter in dieser Angelegenheit wenig tun.[55] In den meisten Fällen stimmten sie daher schließlich zu, die ausgefallenen Schichten samstagabends und sonntags nachzuholen.
Die Protestaktion am 3. April besaß allerdings eine völlig unterschiedliche Ausrichtung. Sie war keine wilde Einzelaktion, sondern eine von der Gewerkschaftsführung organisierte kollektive Arbeitseinstellung. Nichtsdestotrotz verfügte die North German

Coal Control umgehend, dass der 3. April als willkürliche Feierschicht gewertet würde, die die Bergleute auszugleichen hätten, falls sie ihr Recht auf die Punkte für Genussmittelzuteilungen des Monats April bewahren wollten. Diese Entscheidung sorgte für erhebliche Verbitterung unter den Bergleuten. Ein Bericht des Oberbergamt Dortmund kam zu dem Fazit: Sie „empfinden dies als eine ungerechtfertigte Bestrafung, da es sich nach ihrer Ansicht nicht um eine willkürliche Fehlschicht, sondern um eine von ihrer Berufsorganisation einmütig beschlossene Aktion gehandelt habe, von der sich niemand hätte ausschließen können."[56] Außerdem wurde die Entscheidung der Behörden kurzerhand durch den Hauptvorstand des Industrieverbands Bergbau zurückgewiesen, der die Forderung zum Schichtenausgleich als direkten Angriff auf das gewerkschaftliche Streikrecht betrachtete.

Als sich die britischen Behörden in dieser Sachfrage jedoch kein Millimeter bewegten, kam es umgehend zum Bruch zwischen den gewöhnlichen Bergleuten und den Gewerkschaftsführern. Ein Lagebericht zur Situation im Ruhrkohlenbezirk 2, der auch den Raum Gelsenkirchen umfasste, vermerkte, dass „bei manchen Belegschaftsmitgliedern an sich die Bereitwilligkeit zum Herausholen der Schicht besteht". Allerdings sahen die Gewerkschaften „in dieser Angelegenheit mehr eine Prestigefrage, da sie ihr Streikrecht nicht gegen Schnaps und Zigaretten verkaufen wollen".[57] Bei dieser Auseinandersetzung um die Deutungshoheit konnte sich die Gewerkschaftsführung jedoch nicht uneingeschränkt auf die Rückendeckung ihrer Vertreter vor Ort verlassen. So gab es Betriebsratsvorsitzende, die die Arbeiter ihrer Zechen anwiesen, die am 3. April verlorenen Stunden nachzuarbeiten. Auf der Zeche Dahlbusch in Gelsenkirchen arbeiteten die Bergleute beispielsweise eine Zusatzstunde pro Tag, um nicht ihre Punkte zu verlieren. Diese Maßnahme erzeugte viel „böswilliges Blut" bei Bergleuten benachbarter Schachtanlagen, die in derselben Siedlung lebten.[58]

Angesichts dieser Sachlage beraumte der Industrieverband Bergbau für den 10. Mai eine neue Ruhrrevierkonferenz in Bochum an. Als Vertreter des Hauptvorstandes erläuterte hier Heinrich Gutermuth die Gründe des Industrieverbands für seine ablehnende Haltung gegenüber den Forderungen der britischen Behörden zum Ausgleich der Schichten. Nach Ansicht des Hauptvorstandes, erläuterte er, gebe es keinen Grund „einen Protest an die Welt durch Herausholen einer Schicht wieder zu beseitigen". Wenn das das Ziel gewesen wäre, fuhr er fort, „dann hätten wir ja eine Protestaktion auf einen friedlichen, sonnigen Sonntag verlegen können, dann hätten wir keine Feierschicht zu verfahren brauchen". Tatsächlich sei die 24-stündige Feierschicht „allein die einzige Aktion" gewesen, „die draußen im Ausland verstanden werden könnte". „Wir haben monatelang Entschließungen verfasst, monatelang Proteste an die Welt gerichtet, alles ohne Ergebnis. Und so mußte eine Aktion durchgeführt werden, um überhaupt die Welt über den drohenden Lebensstandard des deutschen Volkes zu informieren."[59]

Der Hauptvorstand hatte das Herausholen der Schicht jedoch nicht allein abgelehnt, weil er die Protestaktion als völlig legitim ansah, sondern auch aus grundsätzlichen Erwägungen. Auf dem Spiel stand, und dies hob Gutermuth besonders hervor, die Frage, ob „eine Gewerkschaftsbewegung in Freiheit und Würde ihre Maßnahmen durchführen kann, die sie im Kampfe um ihr Leben benötigt". Außerdem betonte er, dass es kein einziges historisches Beispiel für eine Gewerkschaft gebe, die die Nacharbeit von Schichten akzeptiert hätte, welche durch einen von ihr selbst initiierten Streik ausgefallen seien: „Eine Gewerkschaftsleitung aber, die sich dazu bereit erklärte, verfiel mit Recht dem Fluch der Lächerlichkeit, und kein Bergarbeiter könnte noch Achtung vor seiner Führung haben, insbesondere kein Vertrauen zu seinem Vorstand." Gutermuth begleitete seine Ausführungen mit dem moralischen Appell an die Bergleute, Opferbereitschaft zu zeigen. Dies bedeutete nicht nur, dass kein Bergmann einer Nacharbeit für den 3. April zustimmen sollte. Vielmehr sollten auch diejenigen, die für den Monat April – aufgrund von Krankheit oder weil sie am Tag der Protestaktion „Notstandsarbeiten" ausgeführt hatten – weiterhin zum vollen Punktbezug berechtigt waren, auf ein Fünftel ihrer Punkte verzichten. Alles andere würde auf „eine Verletzung der Solidarität der gesamten deutschen Gewerkschaftsbewegung" herauslaufen.[60]

Gutermuth erkannte bereitwillig an, dass dies eine weitreichende Forderung darstellte, insbesondere gegenüber denjenigen, die am 3. April mit solchen Arbeiten befasst gewesen waren. Immerhin hätten der Schnaps und die Zigaretten, die die Bergleute nun aufzugeben gedrängt wurden, in der Mangelwirtschaft der Nachkriegszeit gegen Nahrungsmittel eingetauscht werden können. Zur Untermauerung seines Vorschlags erinnerte er die anwesenden an die „unendlichen Opfer", die Arbeiter in der Geschichte der Gewerkschaften bereits erbracht hätten. Insbesondere verwies er darauf, dass die Gründer der Gewerkschaftsbewegung von den Arbeitgebern auf schwarze Listen gesetzt und „monatelang ohne Arbeit von Grube zu Grube gehetzt" und dass viele Gewerkschaftsführer nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 „hingemordet und vergast" worden waren. Diese Opfer seien „im Verhältnis zu den kleinen Opfern von Schnaps und Zigaretten kaum eine realistische Grundlage". Daher appellierte er an die Betriebsräte, gegenüber den Belegschaften standhaft zu bleiben: „Wenn Ihr Euch durchsetzt auf der ganzen Linie und keine schwachen Knie bekommt, dann bin ich überzeugt, daß auch das letzte Belegschaftsmitglied auf der ganzen Linie mitmarschiert." Die Linie in dieser Frage beizubehalten sei auch deswegen von elementarer Bedeutung, denn „ihr Ansehen und das Ansehen unseres Verbandes steht auf dem Spiel, gleichfalls unsere nationale Würde".[61]

Im Verlauf der Konferenz gewann der Hauptvorstand die volle Unterstützung der Delegierten, auch wenn viele Redner eine erheblich kämpferischere Haltung als Gutermuth vertraten. Ein Delegierter wandte ein, dass die britischen Behörden zwar in der Lage seien, den Bergleuten die Punkte wegzunehmen „aber sie werden uns nie, nie davon überzeugen können, diese Schicht herauszuholen". Andere forderten weitere Streiks und Protestaktionen, falls die Briten nicht ihre Haltung gegenüber dem Punktesystem änderten. Am Ende der Debatte stellte Agatz den Antrag, alle Betriebsratsmitglieder, die Bergarbeiter zur Nacharbeit aufgefordert hatten, aus dem Industrieverband auszuschließen. Er berief sich dabei auf das „schönste Denkmal", das an der Zeche Osterfeld gesetzt worden sei, wo bei einer geheimen Urabstimmung 81,9 % der Bergleute der Aussage zugestimmt hätten „daß der Vorstand richtig gehandelt [hat], daß sie es ablehnen, für Schnaps und Zigaretten die Gewerkschaften zu verraten".[62] Die von der Konferenz schließlich angenommene Resolution folgte dieser Haltung. Sie stellte fest, dass ein Nachholen der Schicht vom 3. April „unvereinbar mit den gewerkschaftlichen Grundsätzen" sei und „eine Sache der Bergarbeiterehre, diese Zumutung auf das Schärfste zurückzuweisen". Alle Bergleute des Ruhrgebiets wurden daher angewiesen, der Führung des Industrieverbandes zu folgen: „Kein Bergmann nimmt Schnaps und Zigaretten, wenn diese Genußmittel nicht an alle im Bergbau Tätigen ausgegeben worden."[63]

Es erwies sich schon als äußerst schwierig, den auf der Konferenz verabschiedeten Abstinenzgrundsatz auf lokaler Ebene umzuset-

zen. In den folgenden Wochen akzeptierten immer mehr Bergleute die Nacharbeit der am 3. April verlorenen Stunden. Als Mitte Mai die Punkte für April ausgegeben wurden, verlangten auch Arbeiter, die nicht die volle Anzahl erhalten hatten, ihren Schnaps und ihre Zigaretten. In dem Bewusstsein, dass die Polizei angewiesen worden war, jegliche unter den Bergleuten entstehende Unruhe zu unterdrücken, spürten die Gewerkschaftsführer, dass „die Sache bitterlich werden würde".[64]

Mit dem Rücken zur Wand traf der Industrieverband Bergbau schließlich am 24. Mai eine Vereinbarung mit der North German Coal Control. Diese schrieb vor, dass der Verband alle Mitglieder zu Notschichten an den kirchlichen Feiertagen am 5. Juni (Fronleichnam) und 31. Oktober (Reformationstag) verpflichtete. Im Gegenzug würde die Behörde alle Punkte für April zurückerstatten, wobei die Bergleute, die bereits die vollständige Anzahl der erforderlichen Schichten absolviert hatten, einen zusätzlichen Punkt erhielten. Auch wenn die Gewerkschaftsführer darauf verwiesen, dass die beiden Notschichten nicht nur dazu gedacht waren, „einen Teil des Förderausfalls der letzten drei Monate" zu kompensieren, sondern auch die Hausbrandversorgung des kommenden Winters zu sichern und den „den völligen Zusammenbruch der Industrie infolge Kohlenmangels" zu verhindern, war überdeutlich, dass der Industrieverband eine heftige Niederlage erlitten hatte. Und tatsächlich beinhaltete die offizielle Bekanntmachung die eindrückliche Warnung, dass die Militärbehörde „sich gezwungen sehen wird, die jetzt vereinbarte Regelung zu revidieren, wenn die Förderung an den beiden genannten Tagen ein Mißerfolg wird".[65]

Es lag vielleicht an der Sorge vor Gegenreaktionen, dass der Industrieverband sich gegen eine Präsentation der Vereinbarung vor einer großen Ruhrrevierkonferenz entschied. Stattdessen wurde eine Reihe von einfacher zu kontrollierenden Bezirkskonferenzen einberufen. Bei seiner Rede auf der Bezirkskonferenz in Oberhausen räumte Agatz ein, dass viele die Vereinbarung „mit sehr gemischten Gefühlen" aufgenommen hätten. Sie sei, begründete er, das Ergebnis „eines langen schweren Kampfes", den der Industrieverband zu führen gezwungen worden sei. „Denn wir haben den Krieg verloren und haben in unserem Lande eine Besatzungsmacht, und diese Besatzungsmacht hat Besatzungsrecht." Im Verlauf der Verhandlungen mit dieser Besatzungsmacht sei schnell deutlich geworden, „daß die Gegenseite einen sehr harten Standpunkt in dieser Frage einnahm". Auch wenn der Industrieverband die Position vertreten habe, „keiner darf nehmen, was nicht alle bekommen", sei es unmöglich gewesen, eine gemeinsame Position aufrechtzuerhalten. Für eine Bergarbeiterfamilie bedeute die monatliche Ration von Schnaps und Zigaretten einen Gegenwert von rund 800 Reichsmark, „denn die Not zwingt die Bevölkerung, durch Tausch und Verkauf sich lebensfähig zu lassen". Es galt daher bei der Vereinbarung vor allem zu „vermeiden, dass nun Teile der Belegschaften auf unwürdigen Wegen in den Besitz der Sachen gelangen".[66]

Trotz des impliziten Zugeständnisses, dass die Niederlage der Gewerkschaftsbewegung auf den unzureichenden inneren Zusammenhalt zurückzuführen war, bestritt Agatz, dass der Hauptvorstand die Kontrolle über die Belegschaften verloren hatte. Die Vereinbarung habe nur deswegen erreicht werden können, so seine Feststellung, „weil die Bergarbeiter bewiesen haben, dass sie wirklich treu zu ihrer Gewerkschaft standen". Nur 15 % der Bergarbeiter „haben bewußt die Schicht herausgeholt", 85 % aber „standen für uns, für die gewerkschaftliche Treue, für die Kampfeskraft unserer Organisation". Klang dies bereits nach einer mehr als fragwürdigen Darstellung, erschien Agatz' Behauptung, der Hauptvorstand habe bereits seit längerer Zeit vorgehabt, Notschichten anzubieten, „wäre uns die Sache mit dem 3. April nicht in den Weg gekommen", regelrecht obskur. So waren solche Pläne während den beiden Ruhrrevierkonferenzen im April und im Mai mit keiner Silbe erwähnt worden. Und außerdem hatten es die Bergarbeiter bereits während einer Urabstimmung im November 1946 mit überwältigender Mehrheit abgelehnt, nach vergleichbarem Muster Sonderschichten zur Sicherstellung der Hausbrandversorgung zu verfahren, wie ein Delegierter Agatz erinnerte.[67]

Der große Unterschied zwischen den Sonderschichten 1946 und den Notschichten 1947 lag darin, dass erstere nur von vagen Versprechen auf höhere Rationen und Löhne begleitet worden waren, während letzteren ein konkretes Angebot in Form von Punkten zugrunde lag. Welche Vorbehalte Bergleute daher gegenüber der Nachholung der Schichten vom 3. April auch immer gehabt haben mögen, der Vereinbarung begegneten sie schließlich nur mit geringem offenen Widerstand,[68] und die Notschichten wurden ordnungsgemäß absolviert. Damit endeten schließlich auch die zahlreichen Kontroversen, die aus den Proteststreiks gegen den Brotmangel erwachsen waren.

Streiks ohne und gegen Bergarbeiter (Januar 1948)

Tatsächlich war die Protestaktion vom 3. April 1947 die letzte größere Arbeitsniederlegung im Ruhrbergbau für mehr als 18 Monate, da die Zechen von der neuen Welle wilder Streiks, die sich im Januar 1948 im Ruhrgebiet ausbreitete, größtenteils nicht erfasst wurden. Dies stand in engem Zusammenhang mit der verbesserten materiellen Situation, die die Bergleute seit Mitte 1947 genossen. Da Nahrungsmittel während der Sommermonate erheblich einfacher verfügbar waren, nutzten die alliierten Behörden die Gelegenheit, um die Grundlage für eine nachhaltigere Produktionssteigerung im Ruhrbergbau zu schaffen. Zunächst wurde das Punktesystem dahingehend reformiert, dass sich die Punktevergabe nun stärker an der Förderung als an der Anwesenheit am Arbeitsplatz orientierte. Zweitens versprachen die Amerikaner allen Bergleuten, die die monatliche Zielförderung überschritten, Nahrungsmittelpakete der Cooperative for American Remittances to Europe („CARE-Pakete") mit einem Nährwert von rund 40.000 Kalorien. Diese Anspornmaßnahmen verbesserten nicht nur die Arbeitsmoral der Bergleute, sondern sorgten auf den Zechen auch für einen stetigen Zufluss an Jung- und Neubergleuten. Auf der anderen Seite vergrößerten sie aber auch die materiellen Unterschiede zwischen Bergleuten und Arbeitern anderer Industriezweige.

Dieser Aspekt wurde zum zentralen Streitpunkt während der wilden Streiks im Januar 1948, die sich erneut an der unzureichenden Versorgung mit Nahrungsmitteln entzündeten, nun jedoch weniger mit Brot als mit Fleisch und Fett. Ausgelöst wurden die Streiks durch die Ankündigung reduzierter Zulagen auf Schwerarbeiterkarten. Dabei ist zu betonen, dass Bergleute – einige besaßen ebenfalls solche Karten – keineswegs vor solchen Versorgungsproblemen geschützt waren. Insbesondere in den Großstädten des Ruhrgebiets wurde es fast unmöglich, Fleisch zu beschaffen, und die Frauen der Bergleute mussten teilweise bis nach Bielefeld fahren „um ihre Karten voll beliefert zu kriegen".[69] Die Situation führte zu einigen kurzen Protesten und Arbeitsniederlegungen auf Zechen in Essen und Gelsenkirchen. Schon am 5. Januar fuhr die Morgenschicht der Zeche Zollverein erst nach einem einstündigen

Abb. 4: Ruhrbergleute verlassen im Frühjahr 1948 eine Zeche mit CARE-Paketen. Die besonderen Privilegien der Bergleute spielten eine wichtige Rolle während der Streikwelle im Januar 1948. (© Bundesarchiv, Bild 183-2005-0803-513)

Proteststreik ein.[70] Am 9. Januar, dem Tag einer Großkundgebung der Essener Gewerkschaften (siehe unten), verweigerte ein Drittel der Mittagschicht der Schachtanlage Hubert der Wattenscheider Zeche Centrum die Aufnahme der Arbeit.[71] Am selben Tag beteiligten sich Arbeiter der Zeche Nordstern in Gelsenkirchen an einem „passiven Widerstand", und stoppten die Förderung.[72]

Dennoch verblassten diese Aktivitäten im Vergleich zu der langwierigen und scheinbar unaufhaltsamen Streikwelle im Ruhrbergbau zwischen Ende Januar und Anfang April 1947 zur Episode. Und tatsächlich richtete sich die Streikbewegung vom Januar 1948 in vielerlei Art und Weise gegen die Bergarbeiter und ihre bevorzugte Behandlung innerhalb der Mangelwirtschaft. Dies wurde besonders deutlich im Verlauf der Großkundgebung in Essen am 9. Januar, die Teil einer organisierten Arbeitsniederlegung von fünf Stunden in allen örtlichen Betrieben war, jedoch ohne Beteiligung der Zechen stattfand. In seiner Ansprache vor 12.500 Arbeitern, die sich am Burgplatz versammelt hatten, kritisierte Richard Riegel, Erster Bevollmächtigter der Industriegewerkschaft Metall in Essen, die Sonderverpflegung der Bergarbeiter scharf. Er argumentierte, dass Metall-, Bau- und Verkehrsarbeiter „kein Verständnis" dafür hätten, „daß sie in der Versorgung benachteiligt werden". Es sei „nicht die richtige Weg", fuhr er fort, „wenn der Bergarbeiter weniger hungern soll, dadurch daß seine Familie und die anderen Normalverbraucher mehr hungern müssen".[73] Während die Bergarbeiter nur 1 % der Gesamtbevölkerung des Ruhrgebiets ausmachten, „würden 10 bis 15 v. H. der Versorgung der Gesamtbevölkerung für die Sonderversorgung der Bergarbeiter abgezweigt".[74]

Die Frage, wie dieser Streikwelle begegnet werden sollte, spaltete die Führung des Industrieverbands Bergbau. Zwar hatte es schon immer Meinungsverschiedenheiten zwischen dessen verschiedenen Flügeln gegeben – zwischen dem Kommunisten Agatz, der hinsichtlich der Notwendigkeit einer Protestaktion am 3. April und des Ausschlusses von Betriebsratsmitgliedern, die Bergleute zu Nacharbeit der ausgefallenen Stunden angewiesen hatten, eine weitaus kompromisslosere Linie vertrat als der Sozialdemokrat und erste Vorsitzende des Industrieverbands August Schmidt, sowie dem später zur SPD gewechselten Christdemokraten Gutermuth. Nachdem die Kommunisten jedoch vor dem Hintergrund der zunehmenden Verschärfung des Kalten Krieges eine ebenfalls immer unversöhnlichere Position vertraten, gewannen diese Konflikte an Schärfe. Die beiden kommunistischen Gewerkschaftler, die das neue Punkte-Abkommen für den Industrieverband Bergbau mitunterzeichneten, wurden beispielsweise aus der KPD mit der Begründung ausgeschlossen, damit gegen die Parteilinie in dieser Frage verstoßen zu haben.[75]

Während Kommunisten sich in den Vorständen sowohl des Industrieverbands Bergbau als auch des DGB in der Minderheit befanden, stellten sie unter den Betriebsräten im Bergbau und bei den Ortsausschüssen des Verbandes im Ruhrgebiet eine einflussreiche Größe dar. Im Januar 1948 begannen diese lokalen Organisationen umgehend damit, die Ausdehnung der Streikbewegungen auf den Zechen zu forcieren. Auf einer Konferenz von Bezirks- und Geschäftsstellenleitern des Ruhrgebiets, die der Industrieverband Bergbau am 12. Januar veranstaltete, um einen Überblick über die Situation zu gewinnen, berichteten mehrere Lokalvertreter über wachsende Spannungen in ihren Bezirken. Ein Delegierter berichtete, dass sich auf einer kürzlich abgehaltenen Betriebsrätevollkonferenz in Oberhausen einige Anwesende offen zugunsten eines Streiks ausgesprochen hätten. Auf der Zeche Osterfeld hätten Bergleute bereits mit Bummelstreiks begonnen und würden gerade genügend Kohle zur Befeuerung des Kesselhauses fördern. Ähnliches passiere in Bottrop, wo die Zeche nicht länger dazu in der Lage sei, ihre Belegschaften mit Fleisch zu versorgen, und die Bergleute meinten: „Wie die Verpflegung, so die Bewegung". Der Delegierte aus Moers bemerkte: „Die Belegschaften fordern irgendeine Aktion zur Abwendung der Notstände," denn falls „die Bergleute sich abseits stellen, dann stört sich niemand an die Aktionen der Anderen".[76]

Solche Aussagen waren Wasser auf die Mühlen von Agatz, der nun vorschlug, den Ortsausschüssen mehr Autonomie zur Entwicklung einer „einheitlichen Kraft" einzuräumen und den Industrieverband Bergbau dazu aufrief, „mit den anderen Gewerkschaften gleich[zu]ziehen".[77] Sowohl Schmidt als auch Gutermuth beeilten sich dagegen, vor den Risiken einer ausgedehnten Streikbewegung im Bergbau zu warnen. „Unsere Bergleute nehmen in der Ernährung eine Sonderstellung ein" erklärte Schmidt, aber das bedeute auch, dass sie Gefahr liefen, bei Arbeitsniederlegungen auf „große Schwierigkeiten" zu stoßen. „Wilde Aktionen sind auf keinen Fall zu dulden" und folglich „auch keine Aktionen der einzelnen Ortsausschüsse". Mit ähnlicher Zielrichtung folgerte Gutermuth, dass „wir den Ortsausschüssen nicht zu folgen haben". Falls es im Bergbau irgendwelche Arbeitskämpfe geben solle, so seine Feststellung, „dann kann das nur ausgehen vom DGB", denn ideologisch sei der Industrieverband Bergbau „ein Trümmerhaufen, ein Sammelsurium von politischen Parteien. Wir sind gar nicht so stark wie wir scheinen."[78]

Der Gedanke, dass der Industrieverband Bergbau zu schwach war, um einen eigenständigen Arbeitskampf zu führen, hatte seine Ursprünge in den Ereignissen des Jahres 1947. Und tatsächlich verwies ein Delegierter, der die Meinung unterstützte, dass ein Streik im Bergbau allein durch den DGB initiiert werden könne, auf „die im vorigen Jahre mit Mißerfolg gestartete Aktion".[79] Die Erinnerung an die Protestaktion am 3. April und die Niederlage, die der Industrieverband im Streit um die Nachholung der ausgefallenen Schichten erlitten hatte, scheint außerdem die Psyche der normalen Bergleute stark belastet zu haben. Und dies in einem derartigen Ausmaß, dass die große Mehrheit der Bergarbeiter eine Beteiligung verweigerte, als Ortsausschüsse am 2. Februar 1948 in Städten wie Bochum und Gelsenkirchen versuchten, einen Generalstreik durchzusetzen.[80]

Fazit

Der Beitrag hat aufgezeigt, dass die Streiks im Ruhrbergbau der Nachkriegszeit sich nahezu vollständig um die Frage der Nahrungsmittelversorgung drehten. Im Gegensatz zur verbreiteten geschichtswissenschaftlichen Hervorhebung der politischen Dimension dieser Arbeitskämpfe schlug sich die Sozialisierung der Zechen dagegen kaum in den Forderungen nieder, die die Bergleute im Verlauf der wilden Streiks erhoben, sondern erlangte erst eine prominentere Rolle, als die Gewerkschaften sich offiziell in die Protestbewegungen einmischten. Dass die wilden Streiks der Nachkriegszeit hauptsächlich aus der allgemeinen Mangelversorgung geborene Verzweiflungsstreiks waren, bedeutet jedoch nicht, dass es ihnen an größerer Relevanz mangelte. Denn diese Streiks belegen mindestens zwei Erkenntnisse über die Bergarbeiterschaft, die in allen auf die politische Bedeutung der Protestbewegungen im Ruhrgebiet nach 1945 konzentrierten Darstellungen weitgehend im Dunkeln bleiben.

Erstens zeigen die Streikwellen, auf wie viele Schwierigkeiten die Gewerkschaftsführer bei ihren Bemühungen stießen, die Kontrolle

über die Arbeiterklasse in der Nachkriegszeit zurückzugewinnen. Dies lag vor allem an der häufig völligen Diskrepanz zwischen dem Weltbild der Gewerkschaftseliten, die vor allem darum bemüht waren, sich eine Nische im Bereich der wirtschaftspolitischen Willensbildung zu sichern, und dem der gewöhnlichen Bergarbeiter (und insbesondere dem ihrer Frauen), die sich zunächst darum sorgten, ausreichend Essen auf den Tisch zu bekommen. In der Tat war dem größten Teil der Bergarbeiter überaus klar, dass Arbeitsniederlegungen nicht dazu geeignet waren, auf quasi magische Art und Weise die Ernährungskrise zu lösen. Die wilden Streiks im Ruhrbergbau sollten ebenso wie die in anderen Kohlenregionen im Nachkriegseuropa als Verzweiflungsrufe verstanden werden, mit denen sich die Bergleute Gehör verschaffen wollten.[81] Bei seiner Rede auf der Ruhrrevierkonferenz am 2. April 1947 formulierte ein Delegierter der Zeche Shamrock 3/4 in Wanne-Eickel dies äußerst eindrücklich, als er erläuterte, dass die Stimmung unter den Bergleuten „nicht die Stimmung einer Forderung [war], sondern eine Erkenntnis. Wir kommen nicht weiter und verlangen von Euch als Funktionäre, präsentiert uns etwas, daß wir etwas tun".[82]

Zweitens legten die Streikbewegungen der Jahre 1947 und 1948 den tiefen Bruch sowohl innerhalb der Bergarbeiterschaft als auch innerhalb der branchenübergreifenden Arbeiterklasse an der Ruhr offen. Selbst die von der Geschichtswissenschaft so oft beschworene Tradition der Solidarität unter den Bergleuten erwies sich als äußerst fragil, und dies gerade auch, als die Bergleute dazu aufgefordert wurden, nicht die ausgefallenen Schichten des 3. April 1947 nachzuholen. Im Gegensatz zu den Behauptungen des Industrieverbands Bergbau, dass die Bergarbeiter es ablehnten „auf Kosten der übrigen Bevölkerung bessergestellt zu werden",[83] gab es unter diesen nur eine geringe Neigung, Arbeiter aus anderen Wirtschaftszweigen bei ihrem Streik gegen eben diese Besserstellung im Januar 1948 zu unterstützen. Und tatsächlich hatten zahlreiche Gewerkschaftler des Bergbaus 1946 ausdrücklich eine solche Besserstellung gefordert, indem sie verlangten, dass der Bergmann bei der Entlohnung „an erster Stelle" stehen müsse.[84] Selbst Agatz, später selbst der stärkste Befürworter der Solidarität mit anderen Industrieverbänden, hatte andere Gruppen zu Opfern gedrängt, damit die täglichen Rationen der Bergleute auf 5.000 Kalorien erhöht werden konnten. Da „Leben und Gedeih" von 99 % der Bevölkerung der britischen Zone von den Anstrengungen des 1 % Bergarbeiter abhänge, schrieb er im Oktober 1946, „sollte es nicht möglich sein, die 99 % der Bevölkerung zu einer genügend starken Hilfsleistung für die Bergarbeiter heranzuziehen?"[85] Das Punktesystem und andere Anspornmaßnahmen boten den Bergarbeitern diese Hilfeleistung und leiteten möglicherweise die so dringend benötigte Erhöhung der Förderleistung ein, aber sie verschärften auch die Spannungen zwischen den Bergleuten und anderen Teilen der Arbeiterschaft an der Ruhr.

Anmerkungen

1 Aus dem Englischen übersetzt von Dietmar Bleidick.
2 Zum Punktesystem siehe Abelhauser 1984, S. 36-43; Bleidick, 1995, S. 30-32.
3 Montanhistorisches Dokumentationszentrum (montan.dok) beim Deutschen Bergbau-Museum Bochum/Bergbau-Archiv (BBA) 35/235.
4 Borsdorf 1979, S. 345.
5 Shaev 2016, S. 265.
6 Gassert 2018, S. 42-43.
7 Kleßmann/Friedemann 1977, S. 45.
8 Geary 2005, S. 20-23.
9 Seidel 2010, S. 400.
10 Van Hook 2004, S. 121.
11 Dieser Abschnitt basiert auf den Protokollen der Belegschaftsversammlungen der Zechen Jacobi, Osterfeld und Sterkrade, in: montan.dok, BBA 30/267.
12 Brief Oberbergamt Dortmund, 6. Juli 1945, in: Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Rheinland, Duisburg (im Folgenden LAV-NRW R), BR. 1165, Nr. 52, fo. 22.
13 Betriebsbesprechung der Zechen der Gutehoffnungshütte, 8. Juni 1945, in: montan.dok, BBA 30/268.
14 Ebd.
15 H.P. Wilson an Bergwerkgesellschaft Hibernia, 15. November 1946, in: montan.dok, BBA 32/310.
16 Belegschaftsversammlung Zeche Emscher-Lippe, 5. August 1946, in: montan.dok, BBA 35/234.
17 Bergwerkgesellschaft Hibernia. Kurze Zusammenfassung über die Lage für Ruhr Coal District 2, in: montan.dok, BBA 32/210.
18 Belegschaftsversammlung Zeche Emscher-Lippe, 15. Februar 1948, in: montan.dok, BBA 35/236.
19 Bekanntmachung Belegschaftsversammlung Zeche Osterfeld, 10. August 1947, in: montan.dok, BBA 30/267.
20 Belegschaftsversammlung Zeche Emscher-Lippe, 5. August 1946, in: montan.dok, BBA 35/234.
21 Niederschrift Besprechung Werksleiter beim Distrikt Nr. 3 und Nr. 4 der North German Coal Control, 28. Januar 1946, in: montan.dok, BBA 35/37.
22 Bericht Bergwerksdirektion Altstaden über Brotversorgung in Oberhausen, 13. September 1946, in: montan.dok, BBA 32/313.
23 Notiz der Krupp-Zechen für die Besprechung im Nr. 4 der North German Coal Control, 7. Januar 1946, in: montan.dok, BBA 35/37.
24 Wochenbericht über die Ernährungslage, 6. bis 11. Januar 1947, in: montan.dok, BBA 35/42.
25 Belegschaftsversammlung Zeche Osterfeld, 7. April 1946, in: montan.dok, BBA 30/267.
26 Belegschaftsversammlung Zeche Jacobi, 31. März 1946, in: ebd.
27 Belegschaftsversammlung Zeche Jacobi, 21. Juli 1946, in: ebd.
28 Bericht über die Lage im Ruhrkohlenbergbau für Februar 1947, in: LAV-NRW R, BR. 112, Nr. 89.
29 Bericht über die Lage im Ruhrkohlenbergbau für Januar 1947, in: ebd.
30 Ebd.
31 Chef der Polizei Essen an Oberbürgermeister, 31. Januar 1947, in: Stadtarchiv Essen, Bestand Oberbürgermeister, 1000/31.
32 Bericht über die Lage im Ruhrkohlenbergbau für Januar 1947, in: LAV-NRW R, BR. 112, Nr. 89.
33 Ebd.
34 Neue Streiks im Ruhrgebiet, 6. Februar 1947, Archiv für soziale Bewegungen, Bochum (im Folgenden: AfsB), Archiv Industriegewerkschaft Bergbau (im Folgenden: IGBE-Archiv), Signatur 13005.
35 Heith/Pauler, S. 7.
36 Ebd., S. 8.
37 „Proteststreiks gegen Brotmangel", 5. Februar 1947, AfsB, IGBE-Archiv, Signatur 13005.
38 Bericht über die Lage im Ruhrkohlenbergbau für Februar 1947, in: LAV-NRW R, BR. 112, Nr. 89.
39 Ebd.
40 Bergamt Essen 2 an Oberbergamt Dortmund, 6. Februar 1947, in: LAV-NRW R, BR. 111, Nr. 105.
41 Entschließung des Betriebsrats und des Schachtvorstands des Industrieverbandes Bergbau an der Schachtanlage Ludwig, 3. Februar 1947, in: Archiv für soziale Bewegungen, Bochum (im Folgenden: AfsB), Archiv Industriegewerkschaft Bergbau (im Folgenden: IGBE-Archiv), Signatur 13004.
42 Entschließung der Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte der Schachtanlagen des Mülheimer Bergwerks-Vereins, 2. Februar 1947, in: AfsB, IGBE-Archiv, Signatur 13004. Ähnliche Frustrationen kennzeichneten auch die Belegschaftsversammlungen auf den Zechen Zollverein 4/11 und 6/9 am 29 Januar. Bergamt Essen 2 an Oberbergamt Dortmund, 6. Februar 1947, in: LAV-NRW R, BR. 111, Nr. 105.
43 Betriebsrat Schachtanlage Carl Funke an Hauptvorstand Industrieverband Bergbau, 4. Februar 1947, in: AfsB, IGBE-Archiv, Signatur 13004.
44 Bericht über die Lage im Ruhrkohlenbergbau für Februar 1947, in: LAV-NRW R, BR. 112, Nr. 89.
45 „Für und wider Proteststreiks. Eine Tagung der Essener Betriebsräte", 8. Februar. 1947, AfsB, IGBE-Archiv, Signatur 13005.
46 „Hungerprotest in Oberhausen", 8. Februar. 1947, AfsB, IGBE-Archiv, Signatur 13005.
47 Geschäftsstelle Industrieverband Bergbau, Gladbeck, an Hauptvorstand Industrieverband Bergbau, 27. März 1947, in: AfsB, IGBE-Archiv, Signatur 13004.
48 Bericht der Oberbergamt Dortmund über die Lage im Ruhrkohlenbergbau für März 1947, in: LAV-NRW R, BR. 112, Nr. 89.

49 Ruhrrevierkonferenz am 2. April 1947 im Tattersall, Bochum, in: AfsB, IGBE-Archiv, Signatur 13004.
50 Ebd.
51 Entschließung der am 2. April 1947 stattfindenden Ruhrrevierkonferenz des Industrieverbandes Bergbau, in: AfsB, IGBE-Archiv, Signatur 13004.
52 Ruhrrevierkonferenz am 2. April 1947 im Tattersall, Bochum, in: AfsB, IGBE-Archiv, Signatur 13004.
53 In ähnlicher Art und Weise beschrieben Gewerkschaftsführer in Italien kurze Generalstreiks als Protest gegen die Nahrungsmittelknappheit. Siehe dazu: De Graaf 2018, S. 626.
54 Auf der Ruhrrevierkonferenz am 2. April erklärte Agatz, dass der Industrieverband Bergbau vorgeschlagen habe, Proteststreiks auf den Zechen Ewald, Graf Bismarck und Auguste Victoria Mitte und Ende Februar „in Anbetracht der gespannten Lage […] amnestiert werden" sollten. Dies war jedoch bei den britischen Behörden auf „eine sehr harte Ablehnung" gestoßen. Ruhrrevierkonferenz am 2. April 1947 im Tattersall, Bochum, in: AfsB, IGBE-Archiv, Signatur 13004.
55 Bericht der Oberbergamts Dortmund über die Lage im Ruhrkohlenbergbau für März 1947, in: LAV-NRW R, BR. 112, Nr. 89.
56 Ebd.
57 Gründe für den Förderrückgang im Monat April 1947 im R.C.D. 2, in: montan.dok, BBA 32/313.
58 Protokoll der Ruhrrevierkonferenz des I.V. Bergbau am 10. Mai 1947 in Bochum, in: AfsB, IGBE-Archiv, Signatur 13004.
59 Ebd.
60 Ebd.
61 Ebd.
62 Ebd.
63 Entschließung der Ruhrrevierkonferenz des Industrieverbandes Bergbau am 10. Mai 1947 in Bochum, montan.dok, BBA 35/204. Über die Suspendierung oder den Ausschluss von Betriebsratsmitgliedern aus der Gewerkschaft wurde dagegen kein Beschluss gefasst, nachdem der erste Vorsitzende des Industrieverbands, der Sozialdemokrat August Schmidt, zunächst ausdrücklich vor einem solchen Schritt gewarnt und die Abstimmung ausgesetzt hatte, um diesen Punkt im Verlauf der Konferenz dann nicht wieder aufgreifen. Und auch für den weiteren Verlauf des Frühjahrs liegen keinerlei Hinweise auf eine solch weitreichende Maßnahme vor, die vor dem Hintergrund der weiteren Entwicklung zudem äußerst unwahrscheinlich erscheint.
64 Protokoll über die am Freitag den 30. Mai 1947 in Oberhausen stattgefundene Bezirkskonferenz des Bezirks I, in: AfsB, IGBE-Archiv, Signatur 13004
65 Bekanntmachung des Industrieverbands Bergbau, in: montan.dok, BBA 35/204.
66 Protokoll über die am Freitag den 30. Mai 1947 in Oberhausen stattgefundene Bezirkskonferenz des Bezirks I, in: AfsB, IGBE-Archiv, Signatur 13004.
67 Ebd. Zur Hausbrandfrage 1946 siehe: Borsdorf 1979, S. 354-359
68 Tatsächlich besaßen die meisten offenen Proteste sowohl gewerkschaftsliche als auch religiöse Gründe, da katholische Bergleute sich weigerten, an Fronleichnam zu arbeiten und dadurch die Fronleichnamprozession zu verpassen. Die nordrhein-westfälische Landesregierung konnte den Konflikt nur dadurch entschärfen, indem sie den Erzbischof von Köln davon überzeugte, alle Katholiken dazu aufzurufen, die Notschicht einzulegen. Van Hook, S. 128.
69 Konferenz mit den Bezirks- und Geschäftsstellenleitern am 12. Januar 1948, in: AfsB, IGBE-Archiv, Signatur 13005.
70 „Proteststreiks in Hamburg und an der Ruhr", in: Die Welt, 6. Januar 1948.
71 Streiks in Essen – Ernährungslage, Haus der Essener Geschichte (im Folgenden HdEG), Archiv Ernst Schmidt, Bestand 19-252, Dokumentation Richard Riegel, Mappe 5, Dokument 14.
72 Konferenz mit den Bezirks- und Geschäftsstellenleitern am 12. Januar 1948, in: AfsB, IGBE-Archiv, Signatur 13005.
73 Groß-Kundgebung der Essener Gewerkschaften am 9. Januar 1948, in: HdEG, Archiv Ernst Schmidt, Bestand 19-252, Dokumentation Richard Riegel, Mappe 5, Dokument 7.
74 Zitiert in: Neue Streiks an der Ruhr, in: Die Welt, 10. Januar 1948. Die Behauptung, dass die Bergleute nur 1 % der Gesamtbevölkerung des Ruhrgebiets ausmachten, war stark übertrieben. Tatsächlich gab es 1948 rund 400.000 Bergleute, was bei einer Bevölkerung von 4,5 Mio. rund 10 % entsprach. Nichtsdestotrotz scheint diese Vorstellung unter Gewerkschaftsführern recht weit verbreitet gewesen zu sein, sei es in Unkenntnis der Realität oder aber aus gewerkschaftstaktischen Gründen (siehe auch unten die Aussagen bei Anmerkung 84).
75 Agatz hatte sich, ziemlich passend, am Tag, an dem das neue Abkommen unterzeichnet wurde, krankgemeldet, aber später behauptet, dass er es niemals unterzeichnet hätte. Borsdorf 1979, S. 365.
76 Konferenz mit den Bezirks- und Geschäftsstellenleitern am 12. Januar 1948, in: AfsB, IGBE-Archiv, Signatur 13005.
77 Ebd. Siehe auch Kleßmann/Friedemann 1977, S. 60-61.
78 Ebd.
79 Ebd.
80 „Streiks und Bergbau", in: Telegraf, 23. Februar 1948.
81 Siehe zu einer ähnlichen Interpretation der Streiks im Nachkriegsbelgien: Conway 2004, S. 74.
82 Ruhrrevierkonferenz am 2. April 1947 im Tattersall, Bochum, in: AfsB, IGBE-Archiv, Signatur 13004.
83 Entschließung der am 2. April 1947 stattfindenden Ruhrrevierkonferenz des Industrieverbandes Bergbau, in: AfsB, IGBE-Archiv, Signatur 13004.
84 Belegschaftsversammlung Zeche Osterfeld, 16. Juni 1946, in: montan.dok, BBA 30/267.
85 Zitiert in: Borsdorf 1979, S. 356.

Bibliografie

ABELSHAUSER, Werner:
1984 Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945. Wiederaufbau, Krise, Anpassung, München 1984

BLEIDICK, Dietmar:
1995 „Es kommt auf jede Tonne an". Wirtschaftliche Not und Kohleknappheit, in: Kroker, Evelyn (Hg.): „Wer zahlt die Zeche?" Plakate und Flugblätter aus dem Bergbau-Archiv Bochum. Katalog zur Ausstellung des Deutschen Bergbau-Museums Bochum 1995 (Veröffentlichungen aus dem Deutschen Bergbau-Museum Bochum, Nr. 58 = Schriften des Bergbau-Archivs, Nr. 6), Bochum 1995, S. 26-45

BORSDORF, Ulrich:
1979 Speck oder Sozialisierung? Produktionssteigerungskampagnen im Ruhrbergbau 1945-1947, in: Mommsen, Hans/Borsdorf, Ulrich (Hg.): Glück auf, Kameraden! Die Bergarbeiter und ihre Organisationen in Deutschland, Köln 1979, S. 345-366

CONWAY, Martin:
2004 The Rise and Fall of Western Europe's Democratic Age, 1945-1973, in: Contemporary European History 13/1 (2004), S. 67-88

DE GRAAF, Jan:
2018 No Italian Stalingrads: The C.G.I.L. and the Working Class in the Northern Industrial Heartlands, 1945-1955, in: Journal of Modern Italian Studies 23/5 (2018), S. 620-639

GASSERT, Philipp:
2018 Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945, Stuttgart 2018

GEARY, Dick:
2005 Social Protest in the Ruhr, 1945-49, in: Breuning, Eleonore/Lewis, Jill/Pritchard, Gareth (Hg.): Power and the People: A Social History of Central European Politics, 1945-56, Manchester 2005, S. 17-28

HEITH, Holger/PAULER, Holger:
2010 Brennende Emscher. Protestzeitung Nr. 1, Kulturhauptstadt 2010. (Zeitung erschienen anlässlich der Ausstellung EMSCHERKUNST.2010 im Rahmen der Arbeit „Glückauf. Bergarbeiterproteste im Ruhrgebiet" von Silke Wagner), 2010

KLEßMANN, Christoph/FRIEDEMANN, Peter:
1977 Streiks und Hungermärsche im Ruhrgebiet 1946-1948, Frankfurt 1977

SEIDEL, Hans-Christoph:
2010 Der Ruhrbergbau im Zweiten Weltkrieg. Zechen – Bergarbeiter – Zwangsarbeiter (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen. Schriftenreihe C: Arbeitseinsatz und Zwangsarbeit im Bergbau, Bd. 7), Essen 2010

SHAEV, Brian:
2016 Workers' Politics, the Communist Challenge, and the Schuman Plan: A Comparative History of the French Socialist and German Social Democratic Parties and the First Treaty for European Integration, in: International Review of Social History 61 (2016), S. 251-281

VAN HOOK, James C.:
2004 Rebuilding Germany: The Creation of the Social Market Economy, 1945-1957, Cambridge/New York 2004

Anschrift des Verfassers:

Jan De Graaf, PhD
KU Leuven
Faculteit Letteren
Blijde-Inkomststraat 21
3000 Leuven, Belgien